

# Krisztian Ungváry

## Der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit in der heutigen ungarischen Erinnerungskultur

Im Gegensatz zur NS-Zeit, die bereits 60 Jahre zurückliegt und deshalb langsam verarbeitet ist und sich als „Geschichte“ herauskristallisieren kann, ist die Erinnerung an die kommunistische Vergangenheit in Ungarn von der Tagespolitik nicht zu trennen. Die Nazis und ihre ungarischen Verbündeten haben den Weltkrieg verloren und sind bis zum heutigen Tag immer wieder für Kriegsverbrechen an Ungarn und an sowjetischen Staatsbürgern, für den Judenmord und auch generell für den Krieg zur Rechenschaft gezogen worden. Die juristische Aufarbeitung der Kriegsverbrechen in der kommunistischen Zeit gilt als problematisch, allerdings nicht, weil zu wenige verurteilt worden wären oder weil zu milde Urteile verhängt worden seien. Im Gegenteil, bis 1948 wurden 26.799 Personen rechtskräftig verurteilt, bei 189 Personen wurde das Todesurteil vollstreckt<sup>1</sup>. Auch die Zahl der unmittelbar von den Kommunisten ausgehenden Verfolgungsmaßnahmen gegen angebliche Regimegegner ist hoch. In den 40 Jahren Diktatur standen über 1.500.000 Menschen unter verstärkter Beobachtung der Stasi. Zwischen 1950 und 1953 wurden 390.000 Personen verurteilt, 44.000 der so genannten „Klassenfeinde“ wurden in den über 100 Internierungslagern festgehalten. Nach 1956 fielen hunderte den zahlreichen Massenerschießungen zum Opfer, die Zahl der zum Tode verurteilten und hingerichteten Personen beträgt in der Periode um die 300 Personen. In mindestens 35.000 Fällen wurden wegen Teilnahme an den Ereignissen der Revolution 1956 politisch motivierte Urteile verhängt. Zwischen 1962 und 1989 wurden weitere ca. 20.000 Personen wegen des Begehens politischer Delikte verurteilt<sup>2</sup>.

Von den dafür verantwortlichen Mitgliedern der kommunistischen Diktatur wurde jedoch niemand verurteilt<sup>3</sup>. Sicherlich hängt das damit zusammen, dass sich – im Gegensatz zu den Nazis – die kommunistischen Machthaber im Jahre 1989 fast in der Form einer demokratischen Regierung zurückzogen. Im Gegensatz zu den anderen Ländern des Warschauer Paktes waren in Ungarn Teile der kommunistischen Partei beim Über-

---

<sup>1</sup> Wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind 40.000 Personen interniert worden. Sowjetische Militärgerichte verurteilten darüber hinaus ca. 5.000 Personen; dazu kommen noch die Verurteilungen der tschechoslowakischen, jugoslawischen und rumänischen Gerichte. Zwischen 1946-1955 sind 15.000 Personen ohne Pensionsanspruch aus ihren Stellen entfernt oder mit ihren Familien ausgesiedelt worden. Nach 1956 setzte eine weitere Welle von Untersuchungen und Urteilen ein, weil die Stasi beweisen wollte, dass die 1956er Revolution von ehemaligen Nazis organisiert wurde. Die letzten Kriegsverbrecherprozesse der Kádár-Zeit sind Mitte der 1970er Jahre durchgeführt worden. Die Strafe traf nicht nur die Täter, sondern auch ihre Familien mit Ausnahme der Kinder, die jedoch noch in den 1970-er Jahren nicht studieren durften. Ein großes Problem der ungarischen Kriegsverbrecherprozesse besteht darin, dass selbst bei den tatsächlich begangenen Verbrechen die Geständnisse oft erpresst wurden. Insgesamt sind wegen angeblicher oder tatsächlicher NS- bzw. Kriegsverbrechen über 100.000 Personen bestraft worden.

<sup>2</sup> Die politischen Urteile nach 1962 sind weitgehend unerforscht. Aus einer Statistik des Innenministeriums ist bekannt, dass zwischen 1962-1969 jährlich um die 1000 politische Urteile verhängt wurden, siehe Állambiztonsági Szolgálatok Történeti levéltára [Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste], 1.11.1. Schachtel 136, Meldung des Innenministers András Benkei, Oktober 1969.

<sup>3</sup> Nur gegen einige Personen, die im Jahre 1956 die gravierensten Massenerschießungen befohlen oder durchgeführt haben, wurde ein Gerichtsverfahren eingeleitet, das sich jedoch als eine Farce erwies, da es in keinem Fall zu einer Verurteilung kam, obwohl die Verantwortlichkeit von den Gerichten namentlich benannt werden konnte.

gang zu einer pluralistischen Gesellschaft sogar wesentlich mitbeteiligt, obwohl auf höchster Führungsebene Unbehagen, Misstrauen und Angst herrschte. Bekannte Mitglieder der Partei forderten als erste innere Reformen und traten nach 1986 aus der Partei aus.

Die Machtübernahme der Demokraten im Jahr 1989 erfolgte friedlich, dadurch kam es jedoch zu einer nicht unbeträchtlichen Elitenkontinuität. Einige Mitglieder der neuen Parteien hatten früher in der Staatspartei eine nicht unwesentliche Funktion inne, womit zu erklären ist, warum der Verzicht auf rechtliche Verfolgungsmaßnahmen wegen der vergangenen Taten eine Vorbedingung für die Verhandlungen nach der Wende war.

Damalige Verantwortungsträger im kommunistischen Staat sind auch heute maßgebliche Akteure der ungarischen Politik und Gesellschaft. Manche von ihnen, wie z.B. *Gyula Horn*<sup>4</sup>, genießen sogar internationales Ansehen. *Horn* wurde vor einigen Jahren in Deutschland ein Preis verliehen, obwohl er bei der Niederwerfung der ungarischen Revolution von 1956 beteiligt war. Als er deshalb im Parlament zur Rede gestellt wurde, antwortete er mit der Bemerkung: „*Ich war bei den Wattejacken<sup>5</sup>, na und?*“<sup>6</sup>. *Gyula Horn* setzte während seiner Regierungszeit zudem durch, dass der Journalist *János Hajdú*, der seit Anfang der 1960er Jahre durch seine gehässigen Aufsätze über die BRD bekannt und als leitender Journalist der „*Népszabadság*“ („Neues Deutschland“) berüchtigt war<sup>7</sup>, nach 1989 Botschafter in Bern und im Jahre 1994 Abgeordneter der Sozialistischen Partei im Parlament sein konnte.

Andererseits gab es seit 1989 Bestrebungen, die Verantwortung der kommunistischen Machthaber für Verbrechen gegenüber dem ungarischen Volk zu thematisieren. Verschiedene Opferverbände formierten sich<sup>8</sup>.

Der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit wird oft, wie auch in diesem Beitrag mit dem Umgang mit der nationalsozialistischen oder faschistischen Vergangenheit verglichen. Im Fall Ungarns ist ein solcher Vergleich sinnvoll, denn er macht die unterschiedlichen Vorbedingungen deutlich. Möglich ist der Vergleich, da die beiden Erinnerungskulturen Ähnlichkeiten aufweisen und zum Teil miteinander verknüpft sind. Beispielsweise hatten sich beide totalitären Systeme gegenseitig durch eine Gefahr von außen legitimiert.

Die offene kommunistische Diktatur dauerte 41 Jahre lang, und auch wenn man trotz der Zeitspanne lediglich von einigen tausend Todesopfern ausgeht<sup>9</sup>, waren doch alle

<sup>4</sup> *Gyula Horn* (geb. 1932), Studium in Rostow, danach Diplomat, zwischen 1985-1989 Staatssekretär, 1989-1990 Außenminister, 1994-1998 Ministerpräsident.

<sup>5</sup> Die Mitglieder der „Brachialtruppen“ (Ordnungskräfte) wurden von der Bevölkerung wegen ihrer nach sowjetischem Muster wattierten Jacken „Pufajkás“ (Wattejacken) genannt.

<sup>6</sup> Hierzu muss jedoch angemerkt werden, dass *Horn* erst im Dezember 1956 in die „Brachialtruppe“ eintrat, als sein Bruder, der Parteiorganisator war, von Revolutionären umgebracht worden war.

<sup>7</sup> Ein Höhepunkt der Tätigkeit *Hajdús* stellte der Angriff gegen *Miklós Duray*, ein Menschenrechtler in der Tschechoslowakei, im ungarischen Fernsehen im Jahre 1984 dar. *Duray* war zu dieser Zeit gerade in Haft, hatte also nicht einmal die Möglichkeit, auf die Verleumdungen von *Hajdú* zu reagieren.

<sup>8</sup> Die bedeutendsten darunter sind: SZÓRAKÉSZ [Landesverband der in der Sowjetunion inhaftierten Personen], Politikai Foglyok Országos Szövetsége [Landesverband der politischen Häftlinge] (POFOSZ), Recski Szövetség [Verband der Recsker]. In Recsk befand sich zwischen 1950-1953 das schlimmste KZ Ungarns.

Familien von Bespitzelung, Zwangsabgaben und Verfolgung betroffen<sup>10</sup>. Die darauf folgende Diktatur der „Pfeilkreuzler“<sup>11</sup> hingegen dauerte nur fünf Monate, kostete jedoch zehntausende Todesopfer. Zusätzlich bewirkte die Kollaboration mit den deutschen Besatzern eine arbeitsteilige Ausplünderung und Deportation von 437.000 Ungarn jüdischer Abstammung. Grob verglichen, steht also, betrachtet man die Menschenverluste, eine lange aber relativ „milde“ Diktatur, einer kurzen dafür aber umso schrecklicheren gegenüber. Die Verwüstungen und Schäden in der Gesellschaft sind jedoch in beiden Fällen kaum abschätzbar. Dies gilt auch für die Täter. Es wäre mit Sicherheit falsch anzunehmen, dass die Machthaber der kommunistischen Partei moralisch betrachtet besser gewesen wären als die NS-Täter.

## I. Akteneinsicht und Täterschutz

Der Zugang zu den Stasi-Akten kann als eine Art Messlatte des Grades der Vergangenheitsbewältigung dienen. In diesem Bereich hinkt Ungarn, die ehemals „lustigste Baracke“ des Warschauer Paktes, weit hinter allen anderen betroffenen Ländern hinterher.

Im ungarischen Parlament gab es nach 1989 mehrere Versuche, Gesetze über die Freigabe der Stasi-Akten zu verabschieden, die aus unterschiedlichen Gründen bis 1996 alle scheiterten. Die Stasi-Akten wurden zu jener Zeit vom Innenministerium verwahrt. Zu operativen Akten hatte die Forschung grundsätzlich keinen Zugang. Im Jahre 1995 reichte die sozialliberale Regierung ein Gesetz über den Zugang zu den Stasi-Akten ein. Schon die Bezeichnung des Gesetzes „Über die Geheimdienstlichen Aktivitäten des vergangenen Systems“ ist für die Haltung des Gesetzgebers bezeichnend. Dieser bewusst neutral gehaltene Titel gibt keinerlei Hinweis darauf, dass es sich hierbei um das Schriftgut eines Unrechtstaates handelt.

In der Gesetzesvorlage stand, dass Angaben zur Person bis 2086 nur in anonymisierter Form freigegeben werden dürften. Dies hätte bedeutet, dass ein Forscher weder Führungsoffiziere, IM<sup>12</sup> oder Opfer mit vollem Namen nennen darf. Nach langen Verhandlungen wurde das Gesetz am 3. Juni 1996 verabschiedet.

In der Praxis brachte das neue Gesetz jedoch Schwierigkeiten mit sich. Es regelte nämlich, dass ein Forscher keine Angaben ausgehändigt bekommen darf, die die Identifizierung einer anderen Person ermöglichen würden. Diese Anonymisierungsanordnung führte zu absurden Ergebnissen. Beispielsweise ergab sich folgender Fall aus den Akten:

Aus einem Gespräch:

„Hallo, hier ist Margit. Ich möchte mit Eva sprechen.“

<sup>9</sup> Ca. 300 politische Todesurteile während der Rákosi-Zeit, 2.500 Tote während der Revolution 1956 und 300 politische Hinrichtungen in der Kádár-Diktatur. Siehe dazu *Romsics Ignác: Magyarország története a XX. században*. Budapest 1999, S.343, 394, 404.

<sup>10</sup> Nur zwischen 1950-1953 wurden 390.000 Personen verurteilt, davon 44.000 in Konzentrationslager interniert. Nach 1956 wurden 22.000 Personen verurteilt, 13.000 interniert und zehntausende aus ihren Stellen entfernt. Über 1,5 Millionen Menschen wurde in der Stasi-Kartei mit Spitzelmeldungen geführt. *Romsics Ignác: Magyarország története a XX. században*. Budapest, 1999, S. 343 und A Történeti Hivatal Évkönyve I. Budapest, 1999, S. 33.

<sup>11</sup> Anm. der Redaktion: Bei den „Pfeilkreuzlern“ handelt es sich um eine nationalsozialistische Partei Ungarns, die am 15. Oktober 1944 kurz nach der Erklärung von Staatschef *Horthy* aus den Krieg auszuweichen, die Macht an sich riss. Mit ihrer Hilfe konnte die zweite, von den Deutschen geplante, Deportationswelle im November 1944 durchgeführt werden.

<sup>12</sup> Informeller Mitarbeiter der Stasi, im Folgenden nur noch: IM.

“*Servus Margit, ich bin Eva.*”

“*Ich habe morgen für die Maria Callas Vorführung zwei Karten bekommen. Kommst Du mit?*”

“*Dies ist mein Wunsch seit Jahren. Gerne!*”

Laut Gesetz musste für den Fall, dass Margit Akteneinsicht verlangte, der Name Eva entfernt, und wenn Eva Akteneinsicht verlangte, der Name Margit und zusätzlich in beiden Fällen der Hinweis auf die Vorführung von Maria Callas gestrichen werden.

Das neue Archivgesetz im Jahre 2001 schaffte zwar einige Anomalien ab. Angaben zu den Führungsoffizieren und Agenten können nun beschränkt erforscht, jedoch erst 30 Jahre nach dem Tode der Betroffenen oder 90 Jahre nach deren Geburt publiziert werden.

Das Gesetz III/2003 „Über die Aufdeckung der geheimdienstlichen Aktivitäten des vergangenen Systems“ traf weitere Regelungen: Namen von Stasiagenten können weiterhin erforscht, jedoch nicht publiziert werden. Direktanfragen zu Einzelpersonen sind nicht möglich. Nur zwei Ausnahmen sind erlaubt. Entweder der Betroffene hat seine Einwilligung dazu erteilt oder der Betroffene bezeichnet sich als eine „Person des öffentlichen Lebens“. Diese Regelung erlaubt es, dass sich der Präsident des ungarischen Rundfunks nicht als Person des öffentlichen Lebens bezeichnen lassen will und dass folglich die Angaben über seine Stasi-Tätigkeit nicht publiziert werden dürfen<sup>13</sup>. Der gewöhnliche Staatsbürger kann daher nur bei solchen Personen eine Stasitätigkeit erforschen, die sich als „Personen des öffentlichen Lebens“ bezeichnen. Forscher bekommen nur dann eine Forschungserlaubnis, wenn sie eine Empfehlung von einem Lehrstuhl oder einem wissenschaftlichen Institut sowie eine Publikationsliste beifügen, aus der hervorgeht, dass die betreffende Person auf dem Sachgebiet bereits Arbeiten veröffentlicht hat<sup>14</sup>. Ist der Zugang zum Archiv gelungen, wird die Forschung durch die Art der Aktenfreigabe weiter behindert. Die Materialien im Archiv zu erlangen, ist schwierig, weil das Innenministerium nicht alle Materialien abgegeben hat. So können pro Woche nur zwei bis drei Archiveinheiten bestellt werden, auf die man in der Regel bis zu drei Wochen warten muss. Wird eine Kopie der Akten gewünscht, so besteht eine Wartezeit von bis zu sechs Monaten.

## II. Verschiedene Wahrnehmungen

Aus politischer Sicht besteht der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit seit der Wende aus einer Kette politischer Skandale, die von Legislaturperiode zu Legislaturperiode differierten. Die ersten drei Regierungsperioden<sup>15</sup> können danach klar unterschieden werden.

<sup>13</sup> Der Präsident des Ungarischen Rundfunks, *Katalin Kondor*, benutzte diese Argumentation. In einem anderen Fall führt *Előd Juhász* momentan einen Prozess gegen eine Zeitungsredaktion, die seinen Namen als IM publiziert hatte, wobei *Juhász* den Wahrheitsgehalt der Publikation nicht bestreitet, sondern „nur“ die unzulässige Publikation beklagt. Eine ähnliche Klage reichte der Vorsitzende der Jungen Demokraten, *Károly Szita*, ein.

<sup>14</sup> Zu Fragen der Akteneinsicht, Gesetzesvorgaben und Publikation siehe das Jahrbuch des Historischen Archivs der Staatssicherheitsdienste, *Gyarmati György* (Hg.): *Trezor 3. Az átmenet évkönyve*. Budapest, 2003.

<sup>15</sup> *József Antall* bzw. *Péter Boross* 1990-1994, *Gyula Horn* 1994-1998, *Viktor Orbán* 1998-2002.

Die Antall-Ära von 1990-1994 gilt als Aufbruchzeit des neuen Ungarns. *József Antall*, selbst Historiker einer traditionsreichen Familie<sup>16</sup>, war ein Politiker, der seine Rolle besonders ernst nahm. Während seiner Legislaturperiode wurden bestimmte, von vielen schon als vergessen betrachtete Traditionen des Königreichs Ungarn wiederbelebt. Im Punkt Erinnerungskultur ging er mit großem Engagement ans Werk. Allerdings wurden seinen Bemühungen schnell objektive und subjektive Grenzen gesetzt. *Antalls* Tätigkeiten auf dem Gebiet der Vergangenheitsbewältigung sah sich zudem von Anfang an der scharfen Kritik der überwiegend linksliberalen Budapester Intelligenz ausgesetzt.

„*Hier steht deine Fraktion*“, sagte angeblich der abdankende Premier *Miklós Németh* zu *Antall*, als er ein Dossier mit der Liste der IM in *Antalls* Partei am Tage ihrer Regierungsübernahme übergab. Dies erklärt, dass bezüglich der Regelungen über die Aktenfreigabe nichts Weiteres mehr geschah. *Antall* selbst war durch die Information schwer betroffen, stellte es sich doch heraus, dass sein bester Freund 30 Jahre lang Berichte über ihn verfasst hatte. Allerdings wurde diese Tatsache in der Öffentlichkeit damals noch nicht bekannt. Der Ministerpräsident reagierte trotz seiner Enttäuschung mit einer großzügigen Geste der Vergebung und ernannte die betreffende Person in seiner Regierung sogar zum Staatssekretär. Doch innerhalb seiner Partei gährte es. Es kam eine Rhetorik auf, die stark an die antikommunistische Phraseologie der 1920-1940er Jahre erinnerte und Sühne verlangte. Auch das Parlament behandelte mehrere Entwürfe zum Thema Vergangenheitsbewältigung. Der im Jahre 1990 vorgelegte sog. Justitia-Plan forderte „*die totale Lustration*<sup>17</sup> *der politischen und kulturellen Elite*“, mit dem Ziel, dass „*diejenigen, die für die katastrophale Lage des Staates verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden.*“ Aus diesem Plan konnte jedoch nichts verwirklicht werden, weil sowohl die Opposition als auch *Antall* selbst dagegen waren. Der Vorschlag der Freien Demokraten, die IM der Stasi aus der Politik auszuschließen, wurde von der Regierungspartei verworfen. Der Grund lag darin, dass diese Maßnahme den Freien Demokraten, die aus der demokratischen Opposition kommend von der IM-Frage weniger betroffen waren, am wenigsten geschadet hätte, die Regierungspartei mit einigen IM selbst dagegen sehr geschwächt hätte.

Doch nicht nur die Politik, auch die Wissenschaft widersetzte sich diesen Versuchen: der neu ernannte Präsident der Akademie, *Domokos Kosáry*<sup>18</sup>, wies auf die katastrophalen Folgen einer Purifikation in der Wissenschaft hin, die er allzu oft selbst erleiden musste. Ungarn habe nach 1919-1920, erneut in der Zeit von 1944-1945 und nach 1956 wegen

---

<sup>16</sup> Die Kleinadelsfamilie *Antall* stammt aus Transdanubien. *Antalls* Vater war im zweiten Weltkrieg Staatssekretär und rettete zahlreiche Juden; außerdem organisierte er das polnische Flüchtlingswesen in Ungarn nach 1939. Er ist wahrscheinlich der einzige, der für seine humanitäre Haltung neben den Titel „Yad Vashem“ (Anm. der Red.: Holocaustgedenkstätte in Jerusalem, hier aber Auszeichnung für Retter von Juden) auch eine hohe NS-Auszeichnung verliehen bekam. Für sein Engagement bei der Kinderlandverschickung (deutsche Kinder kamen nach 1942 auch nach Ungarn) wurde ihm der Deutsche Adler-Orden Kommandeurskreuz verliehen. Zwischen 1945 und 1947 wurde *Antall* als Vertreter der Kleinlandwirtpartei Minister für Wiederaufbau. Sein Sohn, *József Antall jun.*, bereitete sich schon vor 1956 auf das politische Leben in einem freien Land vor. Während der Revolution wurde er Wiederbegründer der Kleinlandwirtpartei, zwischen 1957 und 1961 hielt er sich als Lehrer in einem Gymnasium über Wasser. Auf Druck der Stasi musste er das Lehramt jedoch verlassen. Bis 1989 arbeitete er im Museum für Medizingeschichte, zuletzt als Direktor.

<sup>17</sup> Lustration meint „Durchleuchtung“, also die Prüfung der betreffenden Personen im Hinblick auf Stasi-Kontakte.

<sup>18</sup> *Kosáry, Domokos* (geb. 1913), Historiker, bis 1949 Direktor eines wissenschaftlichen Instituts, während der Revolution 1956 Präsident des Revolutionsausschusses der ungarischen Historiker, zwischen 1956-1960 inhaftiert, zwischen 1990-1996 Präsident der Akademie der Wissenschaften, Mitglied der britischen, österreichischen, kroatischen, rumänischen Akademie, Inhaber zahlreicher Auszeichnungen.

solcher Abrechnungsversuche schreckliche wissenschaftliche Verluste erleiden müssen. *Antall* selbst sagte denjenigen, die gegen eine juristische Aufarbeitung optierten, „*tets-zettek volna forradalmat csinálni – hättet ihr doch eine Revolution organisiert*“<sup>19</sup>, was ein etwas zynischer Hinweis darauf war, dass die allermeisten Akteure der Politik bis 1990 im Konsens mit der Staatspartei die Wende herbeiführen wollten und nun erst nachträglich die Lustration und eine eventuell damit verbundene Säuberung forderten.

Will man anhand der durchgeführten Maßnahmen Rückschlüsse auf die politische Bewertung der kommunistischen Vergangenheit ziehen, dann bietet einem die *Antall*-Zeit nicht allzu viel. Die Regierung beschäftigte sich ausgiebiger mit der notwendigen Neubewertung der Zeit vor 1945, weil dies wesentlich einfacher und risikoarmer war. Außer symbolischen Umbettungen geschah jedoch nicht viel. Am 16. Juni gingen ca. 300.000 bis 400.000 Demonstranten zu einer Totenbahre am Heldenplatz, wo *Imre Nagy* und seinen Kameraden die letzte Ehre erwiesen wurde. Überraschenderweise war zehn Tage früher, am 6. Juni 1990 die Totenbahre seines Mörders, *János Kádár*, auch von Zehntausenden besucht worden und laut Meinungsumfrage meinten 75 Prozent der Befragten, dass mit seinem Tod die ungarische Politik eine der größten Persönlichkeiten verloren habe.

Als einzige gelungene Schaffung einer Erinnerungsmöglichkeit, kann der – bei seiner Erbauung im Jahre 1991 noch umstrittene<sup>20</sup> – aber bald als bekannte Sehenswürdigkeit etablierte „Statuenpark“ bezeichnet werden. Hier sind alle Statuen, die bis 1989 als Mahn- und Erinnerungsdenkmal die Stadt „geschmückt“ haben, zusammengetragen worden. Die riesigen Skulpturen der Revolutionäre erzeugen auf der ansonsten leeren Fläche eine besondere, ironische Wirkung. Möglicherweise protestierten deshalb bei seiner Gründung eine Reihe von Personen des öffentlichen Lebens vor 1989 dagegen und bemängelten, dass diese Lösung eine „Ghettoisierung“ der Erinnerung bedeute.

Die *Ära Horn* von 1994-1998 markierte in vieler Hinsicht einen Wendepunkt der Erinnerungskultur. Einmal zeigte es sich, dass die Sozialisten offensichtlich kein Konzept für die kommunistische Vergangenheitsbewältigung hatten. Die stalinistische Zeit und die Repressalien nach 1956 wurden zwar verurteilt, doch seit der *Kádár*-Periode (1956 – 1989) hatten die Machthaber nach 1994 kein Schuldgefühl, wohl deshalb, weil sie während dieser Diktatur selbst bereits Minister oder hohe Amtsträger waren<sup>21</sup>. Aus dem Grund kam landesweit auch kein Bedürfnis nach einer kritischen Konfrontation mit der *Kádár*-Diktatur auf. Dadurch wurden kommunistische Verbrechen offen verharmlost. Mit Ausnahme der Partei der jungen Demokraten veränderte sich die Haltung aller neuen Parteien zu dieser Frage. Die konservative Parteien MDF und die Kleinlandwirte zeigten sich am Anfang gemäßigt, radikalisierten sich aber zunehmend. Die Partei der Freien Demokraten (SZDSZ) war anfänglich radikal antikommunistisch eingestellt, ging aber trotzdem nach vier Jahren eine Koalition mit der kommunistischen Nachfolgepartei ein. Der neu aufkommende Antisemitismus und seine stillschweigende Duldung von einigen konservativen Politikern gab den Liberalen dazu die notwendige Motivation, denn aus

<sup>19</sup> Zitat aus *János Kenedi*: K. belügyi iratfelmérő jelentése a kastélyból. Budapest, 2000, S. 10.

<sup>20</sup> Ein Teil der Kritiker fand die Installation unwürdig und wollte am liebsten die Statuen an ihrem Platz belassen, andere plädierten dagegen für deren Vernichtung.

<sup>21</sup> Einige Beispiele: *Péter Medgyessy* war zwischen 1982-1990 stellvertretender Finanzminister und zuletzt Stellvertreter des Ministerpräsidenten, nach 1998 Ministerpräsident. *Judit Csehák* war zwischen 1984-1987 Stellvertreter des Ministerpräsidenten, danach Minister für Sozialfragen und Gesundheit, nach 1994 Vizepräsident der Sozialistischen Partei.

historisch-soziologischen Gründen war die Empfindlichkeit gegenüber dem Antisemitismus in dieser Partei am größten.

Für die Haltung der Sozialisten in der *Ära Horn* kann die Erinnerungskultur in der Zeit der Revolution 1956 als typisch bezeichnet werden. Die der Partei nahe stehende größte ungarische Tageszeitung „*Népszabadság*“, die vor 1989 unter gleichem Namen die Parteizeitung der USAP war, brachte am 23. Oktober 1994 einen doppelseitigen Aufsatz über die Revolution heraus. Darin wurden die Verbrechen verharmlost<sup>22</sup> und es wurde suggeriert, dass der Aufstand von 1956 als „Bürgerkrieg“ zu bewerten sei. *Gyula Horn* assistierte dieser Interpretation, verwickelte sich jedoch in offene Widersprüche, indem er einerseits mit der Tochter von *Imre Nagy* zusammen auf einem Friedhof an der Parzelle von *Imre Nagy* und seinen Kameraden einen Kranz für die Opfer von 1956 ablegte, andererseits jedoch auch seinen Bruder, der als Organisator der USAP am 12. Dezember 1956 ermordet worden war, betrauerte und als Opfer darstellte. Bei letzterem übersah er jedoch den Umstand, dass im Gegensatz zu den Revolutionären, die für ein freiheitliches Ungarn ihr Leben hingegeben haben, sein Bruder als treuer Diener der kommunistischen Unterdrückung umgebracht wurde.

Ein Highlight hinsichtlich der gespaltenen Erinnerung kam mit der so genannten „*Császárné-Affäre*“ an die Öffentlichkeit. In Australien erkannte eine ungarische Emigrantin nach der Wende *Tibor Vajda* wieder<sup>23</sup>, der sie in den Jahren vor 1956 in der Untersuchungsabteilung der berüchtigten ÁVH<sup>24</sup> persönlich gefoltert hatte. *Vajda* klagte die Dame wegen Verleumdung an und präsentierte vor Gericht aus dem ungarischen Innenministerium eine Bescheinigung, die gleich zwei Lügen enthielt, nämlich zum einen, dass es in der kommunistischen Zeit bei der ÁVH „*verboten war, Menschen zu foltern*“, zum anderen, dass er selbst auf die Einhaltung dieses „Verbotes“ stets geachtet habe. Diese Bescheinigung wurde von *József Császárné*<sup>25</sup> ausgestellt, der so in seiner Person die Übernahme der *Rákosi-* und der *Kádár-Zeit* in das neue Ungarn repräsentiert. Die rechtliche Vertretung von *Vajda* wurde von einer Budapester Rechtsanwaltskanzlei übernommen, der ein Politiker der SZDSZ angehörte und in der außerdem mehrere frü-

<sup>22</sup> Im Zusammenhang mit der Massenerschießungen wird der Satz von *László Földes* zitiert, wonach „*wir seit sieben Uhr morgens nicht auf die Demonstranten schießen*“ und die Zahl der 200 Toten und 400 Verwundeten, die ein Tag zuvor Opfer des Schiessbefehls waren, verschleiert. Im Hinblick auf die Täter der Niederschlagung der Revolution wird ausführlich beschrieben, wie sie nach der Wende gelitten haben, ihre Verbrechen werden dagegen verharmlosend dargestellt. Ein Beispiel: Im Fall von *János Pap* fand der Autor es für erwähnenswert, dass bei ihm im Jahre 1991 eingebrochen und das Mobiliar zertrümmert wurde, während die Hinrichtungen, die *Pap* zu verantworten hatte, unerwähnt blieben.

<sup>23</sup> *Tibor Vajda* (geb. 1924), Anfang 1945 zwei Wochen lang in einem zionistischen Verein, ab August Mitglied der MKP, ab 1946 bei der politischen Polizei. Der wegen seiner aktiven Teilnahme in verschiedenen Schauprozessen (*Rajk*, *Grósz*, *Pálffy*, *Sólyom*, *Magyar Közösség*) mehrfach ausgezeichnete *Vajda* war eine der brutalsten Verhörspersonen; in mindestens einem Fall hat er einen Verhafteten zu Tode geprügelt. Im Jahre 1953 zum stellvertretenden Leiter der Untersuchungsabteilung ernannt, wurde er bald jedoch selbst als „zionistischer Verschwörer“ verhaftet. Nach dem Tod *Stalins* wurde diese Anklage fallen gelassen; *Vajda* wurde jedoch wegen Totschlag, Meineid, Urkundenfälschung und Diebstahl zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Sommer 1956 begnadigt, war er nach der ungarischen Revolution 1956 als angeblicher „politischer Flüchtling“ nach Australien ausgewandert. Dort gab er sich als „Zahntechniker“ aus, obwohl er kein entsprechendes Diplom vorzeigen konnte. Zum Fall *Vajda* siehe *János Kenedi*: *K. belügyi iratfelmerő jelentése a kastélyból*, S. 182-188. und *Tibor Zinner* (et.al.): *A Tényfeltáró Bizottság jelentése*. Budapest, 1993, S. 237-239.

<sup>24</sup> Államvédelmi Hatóság, dt.: Amt für Staatsschutz.

<sup>25</sup> *Császárné* arbeitete seit 1948 im Innenministerium, viele Jahre als Leiter der Personalabteilung, und bekam noch zu *Kádárs* Zeiten den Titel eines Obersten der Polizei.

here Stasi-Agenten<sup>26</sup> als Anwälte gearbeitet hatten. Als der Skandal aufflog, kam *Császárné* mit einer leise ausgesprochenen Rüge davon. Die Zeitung „*Népszabadság*“ veröffentlichte später einen verharmlosenden Artikel „Ungarische Tragödie in australischem Film“, in dem *Vajda* als Opfer einer Verleumdung dargestellt wurde<sup>27</sup>.

Die Fidesz-Regierung von 1998-2002 bedeutete für die „Erinnerungskultur“ eine radikale Wende. Die Partei Fidesz<sup>28</sup> war zur Zeit ihrer Gründung eine linksliberal-alternative Gruppierung. Nach 1994 hatte die Parteiführung richtig bemerkt, dass die Nachfrage aus dem rechten Meinungsspektrum unbefriedigend war, während linke Wählerstimmen von der SZDSZ und MSZP abgefangen werden konnten. Dementsprechend erfolgte eine bewusste Umorientierung des Parteiprogramms, das 1998 bereits traditionelle und konservative Werte propagierte. Die Ideologen von Fidesz hatten eine neue, und wie sich erwies, populäre Vision über die Deutung der Geschichte anzubieten. Im Rahmen der Erinnerungskultur bezüglich der kommunistischen Verbrechen wurde im Jahre 2000 der „Tag der Opfer des Kommunismus“<sup>29</sup> eingeführt. An einem derartigen Tag bestand in Ungarn eigentlich schon seit der Wende ein berechtigter Bedarf; doch trotzdem waren neun Jahre bis zur Verwirklichung notwendig. Dass es nicht schon während der *Antall*-Regierung dazu kam, ist eigentlich schwer zu erklären.

Der „Tag der Opfer des Kommunismus“ steht auch mit dem schon vorher geforderten Holocaust-Erinnerungstag in einem kausalen Zusammenhang. Der gesetzlichen Verankerung des letzteren wurde nur unter der Bedingung zugestimmt, dass auch ein „Tag der Opfer des Kommunismus“ in die Liturgie der staatlichen Erinnerungskultur aufgenommen wird. Hier wird deutlich, wie die Entwicklung der Erinnerungskulturen in einer Sackgasse endet. Anstatt darauf hinzuweisen, dass Menschenrechte unteilbar und dass beide totalitären Diktaturen gleichermaßen zu verurteilen sind, zeigte sich keine der Parteien bereit, für alle Seiten dasselbe Maß anzuwenden und leistete so einer selektiven Erinnerungskultur Vorschub. Eine logische Folge war, dass die Erinnerung an kommunistische und an NS-Verbrechen gegeneinander ausgespielt wurde, was maßgeblich dazu beitrug, die Solidarität zu den jeweiligen Opfergruppen zu zerstören.

### III. Das Terrorhaus

Die Neudeutung der ungarischen Geschichte verlangte sowohl symbolische Gesten, wie die Überführung der Stephanskrone in das Parlament, als auch konkrete Maßnahmen, wie die Gründung neuer Medien, als auch in der Gründung neuer Stiftungen von Forschungseinrichtungen und Dokumentationsstätten<sup>30</sup>. Ein Höhepunkt dieser Maßnahmen war die Gründung des „Terrorhauses“ im Jahr 2001. Seine Ausstellungskonzeption so

<sup>26</sup> Rechtsanwaltskanzlei *Eörsi und Partner*. Der „Partner“, *Dr. Miklós Bauer*, früher Oberstleutnant der ÁVH (Leiter der Personalabteilung, später der westlichen Aufklärung) war ein bekannter Offizier der ÁVH und folterte den früheren Justizminister *István Ries* derart, dass dieser an den Folgen starb. Neben *Bauer* arbeiteten weitere Mitglieder der ÁVH in der Kanzlei.

<sup>27</sup> *Pünkösti Árpád*: Magyar tragédia Ausztrál filmen, *Népszabadság*, 10. Januar 1998. *Vajda* verlor im Jahre 2002 den Prozess in allen Instanzen.

<sup>28</sup> *Fiatl Demokraták Szövetsége*, dt.: Verband Junger Demokraten.

<sup>29</sup> Als Stichtag wurde der 25. Februar 1947, der Tag der Verhaftung des Generalsekretärs der Kleinlandwirtpartei, *Béla Kovács*, genommen. *Kovács* blieb bis 1955 in NKVD-Haft. Anschließend wurde auch ein Denkmal für *Kovács* auf dem Parlamentsplatz eingeweiht.

<sup>30</sup> Dazu gehörten Medien wie die Wochenzeitung *Heti Válasz*, Medien wie Pannon-Radio, Hír-TV, Einrichtungen wie das Institut für das XX. Jahrhundert, das Institut für das XXI. Jahrhundert, die Pázmány-Universität.

wie die Instrumentalisierung dieser Gedenkstätte sollen daher im Folgenden exemplarisch analysiert werden.

Das „Terrorhaus“ ist die erste ungarische Geschichtsausstellung, bei der man das Gefühl hat, man wolle *Hannah Arendts* Totalitarismustheorie verwirklichen. Schon beim Eingang, in dem beide totalitären Symbole nebeneinander stehen, wird die Vergleichbarkeit hervorgehoben.

Das Haus an der Andrassy-Straße 60 war geradezu prädestiniert für ein Museum: Hier hatten bis 1945 die ungarischen Nazis, die „Pfeilkreuzler“ ihre Parteizentrale; direkt angeschlossen war die kommunistische politische Polizei. Die Adresse des Hauses war in Ungarn jedem als Schreckensbegriff wohlbekannt, denn die Folterungen, die sich in seinen Mauern abspielten, waren im ganzen Land verbreitetes Gesprächsthema. Es gab Häftlinge, die den Freitod wählten und aus der dritten Etage auf die Straße sprangen, nur um die Verhöre nicht weiter ertragen zu müssen. Das Haus war derart kompromittiert, dass es bereits 1951 als Polizeisitz aufgegeben wurde. Nach der Wende zog eine Bank in das Gebäude ein und außer einer bescheidenen Tafel erinnerte bis 1998 nichts an die unsagbaren Verbrechen, die dort begangen wurden. Die Fidesz-Regierung scheute keine Kosten – sie beliefen sich auf über 160 Millionen Euro – und baute hier das imposanteste Museum der letzten 15 Jahre auf.

Die Politiker der Sozialisten und der SZDSZ kritisierten von Anfang an die Idee einer Dokumentationsstätte in diesem Gebäude. Außenminister *László Kovács* forderte, anstatt eines „Terrorhauses“ ein „Haus der Erinnerung und Versöhnung“ an einem anderen Ort zu errichten. Diese Forderung ist, abgesehen von der persönlichen Motivation *Kovács*<sup>31</sup>, problematisch, denn Versöhnung setzt angemessene Anerkennung der Schuld voraus. So ein Anerkenntnis legte vor der Öffentlichkeit nur ein einziger Stasi-Offizier ab<sup>32</sup>. Dagegen publizierte der frühere ideologische Sekretär des Politbüros, *János Berecz*, seine Autobiographie mit dem bezeichnenden Titel: „Vállalom“, was auf Deutsch bedeutet, dass er sich für nichts zu schämen habe. Das Buch wurde ein Erfolg. *Katalin Szili*, stellvertretender Präsident der MSZP, sagte anlässlich einer Pressekonferenz, dass die „Sozialisten um Entschuldigung bitten, unabhängig davon, ob die Verbrechen von uns begangen worden sind oder nicht. Wir bitten die ungarische Nation, die Verbrechen der Vergangenheit zu verzeihen, so wie auch wir denjenigen verzeihen, die gegen uns gesündigt haben“<sup>33</sup>. Die Absurdität dieses Satzes wird deutlich, wenn wir uns vorstellen, dass *Erich Honecker* seine Taten mit der Geste entschuldigt, dass auch er bereit sei, denjenigen zu verzeihen, die gegen die DDR „gesündigt“ haben...

Dass es sich bei dem „Terrorhaus“ auch um eine Wahlveranstaltung handelte, zeigten die Umstände seiner Eröffnung. Die noch nicht ganz fertige Ausstellung wurde am 24. Februar 2002 eröffnet, als die Wahlkampagne schon auf Hochtouren lief.

<sup>31</sup> *Kovács* war im den 80er Jahren als stellvertretender Außenminister an verschiedenen diplomatischen Manövern beteiligt, die das Ziel hatten, die Repressionen gegen die demokratische ungarische Opposition in den USA zu kaschieren.

<sup>32</sup> *Vladimir Farkas*, Oberstleutnant der ÁVH publizierte nach 1988 eine Autobiographie mit dem Titel: *Nincs mentéség. AZ ÁVH alezredese voltam* [Es gibt keine mildernden Umstände. Ich war Oberstleutnant der ÁVH], Budapest, 1990.

<sup>33</sup> Zitiert von *Schmidt, Mária*: *A terror háza múzeum első éve*, in: *Magyarország politikai évkönyve* 2003, Bd. I, S. 330, 338. Anschließend forderte Frau *Szili* einen eindeutigen Schlussstrich unter die kommunistische Vergangenheit.

Der Geschichte des Holocaust ist im „Terrorhaus“ bewusst wenig Platz gewidmet worden. In den Diskussionen um das Haus wurde seitens der Regierung legitimerweise vorgebracht, dass die Geschichte des Holocausts in einem besonderes Museum untergebracht werden solle. Auch dafür wurden erhebliche Mittel bereitgestellt. Die jüdische Gemeinde war damit zufrieden und bot zu diesem Zweck eine abseits gelegene und baufällige Synagoge an. Die Ausstellung in einer Synagoge ermöglichte jedoch sehr ungünstige Interpretationsmodelle, wie z.B. „Die Geschichte des Holocausts sei eine Sache der Juden“, also eine Art Abschiebung der nationalen Geschichte. Ein anderes Problem ergab sich dadurch, dass die Opfer postum nivelliert wurden, da beispielsweise auch an das assimilierte Judentum, dessen bekannteste Vertreter sich mehrheitlich sogar taufen ließen und mit dem jüdischen Glauben nicht in Verbindung gebracht werden wollten, nun in einer Synagoge erinnert werden sollte. Bei diesem Konzept hatte man fatalerweise übersehen, dass die antisemitische Deutung, Juden unabhängig von ihrem Eigenbekenntnis als rassische Gruppe zu definieren, der Botschaft eines solchen Museums sehr ähnlich ist. Der Streit um einen nationalen Gedenkort für den Holocaust in Ungarn dauert daher heute noch an.

Im Innenhof des Museums ist ein T-55 Panzer installiert. Im Gebäude kann eine Fotoausstellung sowohl in Form einer „Wand der Täter“ als auch in Form einer „Wand der Opfer“ besichtigt werden. Auf drei Stockwerken sind großzügig ausgestattete Räume errichtet worden, die einen Ausschnitt ausgewählter Aspekte beider Diktaturen, der „Pfeilkreuzler“ und der kommunistischen, behandeln.

Der erste Ausstellungsraum im „Terrorhaus“ hat das Thema „doppelte Besetzung“. Die Ausstellung will zwar bewusst nicht den Weg zum Holocaust darstellen, geht in der Verkürzung jedoch haarsträubende Kompromisse ein, deren Wirkung sich nicht mit den folgenden Sätzen erledigen lässt:

„An der Spitze Ungarns standen bis zur Nazi-Okkupation 1944 eine legitime Regierung und ein legitimes Parlament, es waren Oppositionsparteien tätig, deren Abgeordnete im Parlament saßen. Trotz der Einschränkungen wegen des Krieges kam die Pressefreiheit zur Geltung. Die ungarischen Bürger lebten besser und freier als ihre Nachbarn. Nach dem 19. März bekam das Land eine Kostprobe davon, was passiert wäre, wenn die Nazis gewonnen hätten“<sup>34</sup>.

Dem Besucher wird suggeriert, dass für die späteren Ereignisse nur eine kleine Gruppe verantwortlich gemacht werden kann, obwohl es in der Wirklichkeit gerade umgekehrt war. Gerade angesichts der bedauerlichen Tatsache, dass sich in Folge der Vermögensmaßnahmen gegen die Juden mehrere hunderttausend Habgierige zeigten und die Regierungsparteien vor 1944 sich in ihrer Judenfeindlichkeit von den Pfeilkreuzlern nur in kleinem Maß unterschieden, ist die obige Information völlig irreführend.

Der nächste Raum stellt die Welt des Gulag vor. Im Gegensatz zu der Ausstellung über die NS-Verbrechen, in der nur die ungarische Zahl der Toten genannt wird, begreift sich hier die Ausstellung globaler und zählt die Opfer aller Nationen auf. Anstatt exakter Angaben wird jedoch einfach eine Zahl von „mehreren 10 Millionen Toten“ angegeben, obwohl man zwischen 1939 und 1945 von insgesamt 1.370.000 Opfern, die den Tod im Gulag fanden, ausgeht. Zudem gab es vor 1939 jährlich bis zu 100 000 Todesopfer. Die stalinistische Diktatur ermordete mehrere 10 Millionen Menschen, deren Mehrheit aber nicht im Gulag starb. Da die Wahrheit aber schlimm genug ist, ist es völlig überflüssig, die Sünden des sowjetischen Systems so ungenau darzustellen.

---

<sup>34</sup> Text, wie auch die weiteren Texte, zitiert nach den Angaben im Museum.

Im Raum, in dem das „Umerziehen“ präsentiert wird, versagt die symbolische Darstellung am deutlichsten. Auf einem sich drehendem Podium sind zwei mit dem Rücken aufgestellte Figuren zu sehen, die die Uniform der „Pfeilkreuzler“ und der kommunistischen politischen Polizei tragen. Um die Kontinuität von der einen zur nächsten politischen Phase zu zeigen, hört man das Schließen von Kleiderschränken, auf einem Bildschirm werden sich umziehende Schatten gezeigt. Bedenkt man, dass sich 1945 kein einziger „Pfeilkreuzler“ die Uniform der politischen Polizei anzog, kann die Präsentation nur als Geschichtsfälschung bezeichnet werden. Hätten die Aussteller die Gemeinsamkeiten zwischen beiden totalitären Parteien zeigen wollen, dann hätten sie auf die Kontinuität in der Parteianhängerschaft verweisen müssen. Besser hätte man daher auf dem sich drehenden Podium zwei Parteibücher ausgestellt.

Das Konzept der Aussteller, das Problem der Kontinuität anhand der Mitglieder der politischen Polizei zeigen zu wollen, rührt daher, dass man vor der Thematisierung der nationalen Verantwortung ausweichen wollte. Über die Mitglieder des politischen Polizei ist allein der Satz zu lesen:

"eine Organisation aus linksradikalen Elementen, Kriminellen und ehemaligen Pfeilkreuzler-Henkersknechten".

In Wirklichkeit gab es in der Führung der politischen Polizei, also unter den Personen, deren Bilder die Portraitsammlung zeigt, keinen einzigen „Pfeilkreuzler-Henkersknecht“ und auch keinen gewöhnlichen Kriminellen. Viele Mitglieder waren tatsächlich überzeugte Kommunisten, also "linksradikale Elemente". Bei den allermeisten könnte aber auch die Rache als Motivation für den Eintritt in die Polizei eine Rolle gespielt haben, denn die ersten Mitglieder der politischen Polizei waren überwiegend Juden, die die Diktatur zuerst als jüdische Arbeitsdienstler, demnach als Opfer kennen lernten; nur einige wenige waren Emigranten. Diese Tatsachen werden in der Ausstellung in auffälliger Weise verheimlicht. Die Gründe sind klar. Die Ausstellung will über die Kommunisten nur kompromittierendes Material präsentieren. Antifaschismus hat deshalb im Museum wenig Platz. Dabei hätte eine differenzierte Darstellung selbst dem antikommunistischen Ausstellungskonzept gut getan. Beispielsweise hätte erwähnt werden können, dass die politische Polizei auch gegen die Juden, insbesondere gegen Zionisten, brutal vorgegangen ist. Unter den ersten Opfern der Kommunisten befanden sich die jüdischen Mitglieder der kommunistischen, jedoch nicht der Moskau treuen *Weishaus-* und *Demény-*Fraktionen.

Im nächsten Raum, der sich mit dem antikommunistischen Widerstand befasst, ist folgender Text zu lesen:

"Mehrere Zehntausend meldeten sich zur Organisation eines bewaffneten Widerstands... Die Namen von vielen sind unbekannt. Von anderen erzählt man immer noch kommunistische Lügen. Obwohl sie richtige Helden sind".

Es ist schwer, diese Sätze anders auszulegen, als einseitig alle antikommunistischen Bewegungen – auch die rechtsradikalen und rassistischen – als heldenhaft zu beschreiben und zu verherrlichen, was bedeutet, dass die Motive des Antikommunismus also hinterfragt werden. Dagegen wäre vielmehr zu illustrieren gewesen, dass ein wesentlicher Teil des antikommunistischen Widerstands nicht von demokratischen Gefühlen geprägt war.

Die Darstellung des kommunistischen Arbeitsdienstes zeigt, wohin ein unreflektierter Vergleich führt. Der Begleittext informiert den Betrachter, dass

"sie nach der gut funktionierenden nationalsozialistischen Methode statt der militärischen Ausbildung einer 'Sonderbehandlung' unterzogen wurden".

Dies ist irreführend. In den 50er Jahren war das Ziel des Arbeitsdienstes nicht die Einrichtung von "mobilen Hinrichtungsplätzen"<sup>35</sup>, sondern die maximale Ausnutzung der Arbeitskraft der Regimegegner. In einem Kriegsfall wäre der Arbeitsdienst möglicherweise logistisch zur physischen Vernichtung der „feindlichen“ Elemente genutzt worden, die so ja bereits zusammengefasst waren. Da es jedoch nicht dazu kam, ist es verfälschend, den kommunistischen Arbeitsdienst als genuine Massenmordorganisation darzustellen.

Die undifferenzierte Präsentation von Einzelschicksalen führt zu einer Verwechslung von Tätern und Opfern. Dies fällt besonders im rekonstruierten Folterkeller auf. Neben keinem der Portraits in den Zellen wird darauf hingewiesen, was genau der dargestellten Person vorgeworfen wurde und warum er/sie Opfer des Terrors wurde. Deshalb kommt es auch dazu, dass *Zoltán Bilkei-Papp* als Opfer dargestellt wird, obwohl er im Jahre 1944 bewaffnetes Mitglied der „Pfeilkreuzlertruppe“ war. 1945 verbreitete er antisemitische Flugblätter mit dem Titel "Judenwelt in Ungarn". Dafür wurde er zum Tode verurteilt, später aber zu einer lebenslänglichen Haftstrafe begnadigt. Drei Jahre später hat die Polizei erneut die Tätigkeiten von *Bilkei-Papp* aus dem Jahr 1944 untersucht. In einem weiteren Strafverfahren wurde er noch einmal zum Tode verurteilt und schließlich hingerichtet. *Bilkei-Papp* wurde also im Jahre 1944 wegen Mord und Beihilfe zum Mord als bewaffneter Pfeilkreuzler und einmal im Jahre 1945 als notorischer Antisemit verurteilt. Trotzdem ist sein Name auf der „Wand der Opfer“ zu finden.

Die Problematik von Tätern und Opfern ist auch im Fall von *György Donáth* zu sehen. Die Ausstellung verrät über ihn nichts weiter, als dass er im Prozess gegen die "Ungarische Gemeinschaft" zum Tode verurteilt wurde. Dieser Prozess war ein Schauprozess, hatte jedoch einen rationalen Kern. Die "Ungarische Gemeinschaft" war eine rassistische Organisation, die keine Juden oder Deutsche als Mitglieder aufnahm. *Donáth* und die "Ungarische Gemeinschaft" planten zwar keine gewalttätige Machtübernahme, wie es ihnen vorgeworfen wurde, aber sie verbreiteten rassistische und antisemitische Broschüren und Rundschreiben. *Donáth* war Parlamentsabgeordneter und der Budapester Direktor der „Partei des Ungarischen Lebens“. Er stimmte für die Einführung der Judengesetze und arbeitete sogar in hoher Position für seine Partei die Propaganda aus.

Die Opfer, bei denen auch das Täterschicksal hätte erörtert werden sollen, gehören ausschließlich der antikommunistischen Seite an. Dass die Aussteller es zwar wagten, umstrittene Personen der antikommunistischen Seite als Opfer darzustellen, jedoch dasselbe Maß nicht bei den Antikommunisten anwendeten, deutet auf die politischen Erwägungen der Aussteller hin.

Analysiert man die Eröffnungsreden und Kommentare, um ein Bild von der momentan gültigen Erinnerungsversion zu bekommen, werden tagespolitische Aspekte der Erinnerungspolitik deutlich. Ministerpräsident *Viktor Orbán* erörterte in seiner Eröffnungsrede, dass die Diktaturen in Ungarn immer nur mit Hilfe von Außen an die Macht kommen

<sup>35</sup> Auch vor 1945 gab es den Arbeitsdienst für Juden in einer verschärften Form. Dieser wurde nach 1945 von manchen generell als Maßnahme zur physischen Vernichtung angesehen, und es entstand die Legende von den „mobilen Richtplätzen“. Diese hatte einen rationalen Kern, denn in manchen Einheiten sind die meisten der jüdischen Arbeitsdienstler umgekommen.

konnten<sup>36</sup>. Das ist im Fall der Räterepublik jedoch nicht wahr. Im Fall der *Sztójay*-Regierung wurde die Diktatur größten Teils von den ungarischen Beamten errichtet. Auch die Radikalisierung der ungarischen Politik durch judenfeindliche Gesetze ist bis 1942 nicht auf mit deutschem Druck erfolgt, im Gegenteil: Ein Teil der ungarischen antisemitischen Maßnahmen war sogar radikaler als die deutschen.

Genauso notwendig wäre eine Konfrontation der Besucher dieser Ausstellung mit der Kollaboration mit der *Kádár*-Regierung gewesen. Am 1. Mai 1957 haben ja mehrere Hunderttausende am Aufmarsch auf dem Heldenplatz teilgenommen. Ebenso hat sich ein wesentlicher Teil der ungarischen Intellektuellen der kollaboriert. Der letzte Satz des Ausstellungskatalogs weist auf eine völlige Begriffsverwirrung hin:

"Das ehemalige Haus des Terrors zeigt uns, dass die Opfer für die Freiheit nicht unnötig waren. Im Kampf gegen die zwei tödlichen politischen Systeme siegten schließlich Freiheit und Unabhängigkeit."

Dieser Satz ist typisch, aber falsch. Die Leiden derjenigen, die an der Donau erschossen, die im kommunistischen KZ Recsk getötet, die für ihr restliches Leben zum Krüppel gemacht wurden, könnten nur dann als Opfer für die Freiheit bezeichnet werden, wenn sie eine Wahl gehabt hätten. Sie mussten jedoch nicht deshalb leiden, weil sie für die "Freiheit und Unabhängigkeit" aktiv gekämpft hatten, sondern weil sie als Juden oder "Bourgeois" geboren wurden. Hätte das Museum zielbewusst die Konzeption des Totalitarismus vertreten, wäre es nicht zu solchen Fehlgriffen gekommen. So entstand aber eine sterilisierte und politisch gut nutzbare Ausstellung, an deren Ende das "Gute", welches identisch mit dem heutigen "Wir" ist, das "Böse", also die "Fremden", besiegt. Diese Sichtweise entstammt aus eine, im Westen hoffentlich bereits veraltete, opferperspektivischen Version der nationalen Identität.

#### IV. Die Regierung *Medgyessy-Gyurcsány* 2002-2006.

Im Wahlkampf 2002 wurden quer durch alle Parteien historische Vergleiche gezogen, die Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit wurde erneut thematisiert. SZDSZ und MSZP argumentierten mit der rechtsradikalen Gefahr, Fidesz und MDF wiesen auf die Möglichkeit der Rückkehr der „Genossen“ hin. Nach dem Wahlsieg der Sozialisten wurde aus unbekannter Quelle in der Oppositionszeitung „*Magyar Nemzet*“ ein Schriftstück präsentiert, wonach Ministerpräsident *Péter Medgyessy* unter dem Code-Name D-209 „streng geheimer“ Offizier der Staatssicherheit gewesen sei<sup>37</sup>. Die Hoffnungen der Opposition, dem Ministerpräsidenten damit politischen Schaden zu bereiten, erwiesen sich jedoch als falsch. Die Popularität von *Medgyessy* stieg sogar, nachdem er seine Vergangenheit zugegeben hatte. Er wies darauf hin, dass er in dieser Funktion – er war Oberleutnant der Spionageabwehr – seinem „Vaterland gedient“ habe. Daraufhin veröffentlichte die Zeitung „*Népszabadság*“ die IM-Vergangenheit eines Fidesz-Politikers, worauf wiederum weitere Enthüllungen folgten.

<sup>36</sup> Siehe dazu *Krisztián Ungváry: A pártmúzeum*, in: *Magyarország politikai évkönyve*, 2003, Bd. I, S. 354.

<sup>37</sup> *Magyar Nemzet*, 18-19 Juni 2001. In der Angelegenheit wurde auch ein Untersuchungsausschuss des Parlaments zusammengerufen, um die Vergangenheit von Mitgliedern aller früheren Regierungen zu untersuchen. Dieser stellte fest, dass die meisten IM, insgesamt 9 Personen, in der Fidesz-Regierung saßen.

Das Thema fand auch einen literarischen Niederschlag. *Péter Esterházy* veröffentlichte im Jahre 2001 seinen Opus „*Harmonia Caelestis*“, dessen zweiter Teil auch seinem Vater ein ehrendes Zeichen setzt. Als das Manuskript des Buches in die Druckerei ging, bekam *Esterházy* die Information, dass sein Vater nach 1956 zur IM-Tätigkeit gezwungen worden war und diese dann 22 Jahre lang ausübte. Daraus entstand die Erzählung „*Javitott kiadás*“ [Korrigierte Ausgabe]. Welche Position er einnimmt, ob er seinen Vater verurteilt und wie das Buch in der Öffentlichkeit ankam, sind zentrale Fragen.

Ab Herbst 2004 häuften sich die Agentenskandale. Zuerst wurde im Internet über einen Politiker der Fidesz verbreitet, dass er IM gewesen sei. Bald tauchten aus unbekannter Quelle Kopien von Dokumenten auf. Da die betroffene Person diese als Fälschungen zurückwies, wurde auch das Originaldossier aus dem Archiv der Staatssicherheitsdienste ausgehändigt und dem öffentlichen Staatsarchiv für Stasi-Unterlagen übergeben<sup>38</sup>. Die Tagespresse berichtete über den Fall *Szita* wochenlang. Nachdem die Beratungsfirma „*Political Capital*“ Mitte Februar eine Liste aller bisher bekannt gewordenen Agenten zusammengestellt und davon eine Auswahl von 56 Personen auf ihre Internetseite präsentiert hatte, war das öffentliche Interesse sehr groß<sup>39</sup>. Die Parteien kamen in Zugzwang, das Stasi-Problem gesetzlich anzugehen. Es wurde ein neues Gesetz im Parlament eingebracht, das sowohl den Publikationen über den IM-Status von Personen des öffentlichen Lebens als auch die Aktenübergabe an ein Archiv hätte neu regeln sollen. Staatspräsident *Ferenc Mádl* legte aus formalen Gründen jedoch Verfassungsbeschwerde ein, der das Verfassungsgericht im Herbst des Jahres 2005 auch stattgab. Damit wurde eine Neuregelung der Aktenfreigabe auf unbekannte Zeit verschoben.

Auf den ersten Blick erscheint es in der polarisierten ungarischen Politiklandschaft seltsam, wie einig sich fast alle Parteien in der Ablehnung des Gesetzes waren. Der für die Geheimdienste zuständige Staatssekretär *András Tóth* argumentierte, dass „diejenigen, die heute in den Sicherheitsdiensten ihre Arbeit leisten, verlangen können, dass ihr Patriotismus, ihre Anständigkeit und Gesetzesachtung von keinem in Abrede gestellt wurden, auch wenn sie ihren Dienst vor 1990 begonnen haben“<sup>40</sup>. Angesichts der Tatsache, dass ca. 30 Prozent der auf mittlerer Stufe Tätigen und ca. 70 Prozent der Führung der heutigen Sicherheitsdienste ihre Laufbahn noch zur Zeit des Unrechtstaates begonnen haben, kann dieser Satz des Staatssekretärs nur als offizielle Amnestie des Staates verstanden werden<sup>41</sup>. *László Kövér*, *Tóth*s Vorgänger in der Fidesz-Regierung argumentierte genauso. Er ging sogar darüber hinaus, als er auf die tendenziöse Anfrage, ob nicht feindliche Sicherheitsdienste wie der israelische MOSSAD hinter diesem Gesetzentwurf

<sup>38</sup> Die Umstände dieser Affäre sind seltsam. Laut Archivgesetz gehört das Schriftgut der Stasi dem betreffenden öffentlichen Archiv. Die Archive der Nachfolgeorganisationen der kommunistischen Staatssicherheit dürfen theoretisch nur dann Akten zurückbehalten, wenn sie diese zu ihrer Arbeit benötigen. Im besprochenen Fall konnten keine solchen Gründe festgestellt werden, die Akte hätte also schon zur Gründung des Stasiarchivs im Jahre 1997 abgegeben werden müssen. In Wirklichkeit werden bis heute ca. 50 Prozent aller operativen Akten der Stasi von den Nachfolgeorganisationen der Forschung vorenthalten.

<sup>39</sup> In drei Tagen wurden 300.000 Aufrufe auf der Internetseite der PC registriert.

<sup>40</sup> *Tóth András*: *Elszámolás a múlttal. Az ügynökügy 2002-ben*, in: Magyarország politikai évkönyve, 2003, Bd. I, S. 385. *András Tóth* war selbst vor 1989 hoher Funktionär in der kommunistischen Jugendorganisation.

<sup>41</sup> Wie weit die jetzigen Staatssicherheitsorgane in die Verbrechen der *Kádár*-Zeit verstrickt sind, veranschaulichen folgende Beispiele: Oberst Dr. *Géza Stefán* ist Leiter des Militär-Sicherheitsdienstes und war vor 1990 als Chef der Budapester Stasi für die Manipulation von Demonstrationen zuständig, *Gyula Kékési L.* und *Gábor Péter-Bartha* waren als Führungsoffiziere der Stasi auf wichtigen Posten nachweislich in verschiedene gesetzeswidrige Maßnahmen – genauer Folterungen (?) – verstrickt, wurden jedoch übernommen und sind momentan im Staatssekretariat.

stünden, mit der Bemerkung antwortete, dass dieses sehr wohl anzunehmen sei<sup>42</sup>. Die Politik der Desinformation einigt dabei Oppositionelle wie Regierungspolitiker: *Tóth* behauptet, dass keiner derjenigen Funktionäre, die für Unrechtsmaßnahmen verantwortlich gemacht werden, mehr im Staatsdienst arbeitet. *István Simicskó* und *Ervin Demeter* von der Fidesz schreiben, dass das gesamte operative Schriftgut der Stasi vernichtet worden sei<sup>43</sup> und deshalb Feststellungen über die Inhalte der IM-Tätigkeit von Einzelpersonen nicht mehr möglich seien. Eine wirkliche Bereitschaft, sich der Vergangenheit zu stellen, ist in der politischen Klasse auch 15 Jahre nach der Wende daher nicht erkennbar.

## V. Zusammenfassung

Die Erinnerungskultur in Ungarn besteht aus einer gegenseitigen Aufrechnung der Verbrechen der ungarischen Faschisten mit denjenigen der Kommunisten. Erkennbar wird dies besonders an Gedenktagen, die zu öffentlichen Ritualen geworden sind. Der „Tag der Befreiung“ Budapests am 13. Februar<sup>44</sup> ist beispielsweise ein Anlass für die Sozialisten, an die „rechte Gefahr“ zu erinnern. Dagegen dient der „Tag der Opfer des Kommunismus“ auch dem rechten Meinungsspektrum<sup>45</sup> als Erinnerung an den Ausbruch der Verteidiger Budapests im Jahre 1945<sup>46</sup>.

Ein weiterer Baustein der nationalen Erinnerungskultur besteht in der Suche nach einer gültigen Legende und der Reklamation des nationalen Erbes für die eigenen Ziele. Nach 1945, und insbesondere nach 1956, legitimierte sich die kommunistische Partei auch damit, dass sie eine Negation des Faschismus und Erbin der 1919er Räterevolution sei. Nach 1989 bauten die politisch links stehenden Kreise eine ähnliche Legitimierungsform auf, indem sie sich selbst als Negation des Bösen darstellten. In diesen Legitimisationsmustern findet die Erinnerung an die Opfer des Kommunismus nur schwer einen Platz. Erfreulicherweise wird jedoch gerade in jüngster Zeit auch die Verantwortung der ungarischen Täter betont, während vor der Wende das Gewicht auf die Verantwortung NS-Deutschlands gelegt und eine ungarische Mittäterschaft verneint wurde. Die konservativen politischen Kräfte führen jedoch die Geschichtssicht des Parteistaates weiter, indem sie die Verantwortung der außerhalb Ungarns stehende Kräfte betonen: Die Täter seien meistens von außen gekommen, die Entwicklung seit 1945 habe keine ungarischen Wurzeln; Faschismus und Kommunismus seien beides von außen dirigierte geistige Strömungen.

Die wissenschaftlichen Ergebnisse der großen historischen Debatten in Westeuropa zur nationalen Erinnerungskultur werden in Ungarn bisher nur sehr bruchstückhaft wahrgenommen. Dadurch entstehen unreflektierte Parallelen zwischen Faschismus und Kommunismus, moralische und sachliche Bewertungen fließen zusammen.

<sup>42</sup> Feljelenítették a Political Capitalt, in: Magyar Nemzet, 11.3.2005, S. 3.

<sup>43</sup> Der Verfasser dieser Zeilen forscht mit mehreren hundert Kollegen in diesem angeblich „vernichteten“ Schriftgut seit 1999.

<sup>44</sup> Am 13. Februar eroberte die Rote Armee auch die letzten Häuser von Budapest.

<sup>45</sup> Den Rechtsradikalen dient ebenfalls der 13. Februar als „Tag der Treue“.

<sup>46</sup> Ungarische Neonazis feiern mit internationaler Beteiligung alljährlich an diesem Tag den verzweifelten und verantwortungslosen Ausbruchversuch der deutsch-ungarischen Truppen aus Budapest, der ca. 20.000 Soldaten das Leben gekostet hat. Nur ca. 700 Mann erreichten die eigenen Lager. Siehe dazu *Krisztian Ungváry: Die Belagerung Budapests*, München, 2004.

Die hier genannten Probleme speisen sich aus einer veralteten Auffassung der nationalen Geschichte, die einseitig nur zur Identifizierung dienen soll. Selbstkritische Ansichten sind dabei Störfaktoren, alle negativen Erscheinungen werden auf äußere Einflüsse zurückgeführt, wodurch der Mythos der unschuldigen Nation entsteht. Neben dem Mythos von der nationalen Unschuld existieren noch weitere. Dazu gehört die scharfe Trennung des *Kádár*-Regimes von der *Rákosi*-Zeit, als ob beide Perioden fast nichts Gemeinsames hätten. Der konstruierte Charakter dieses Mythos wird jedoch bereits entlarvt, wenn man sich vor Augen hält, dass *Kádár* selbst schon unter *Rákosi* Innenminister war und in dieser Funktion mehrere Schauprozesse durchführen ließ. Ein weiterer Mythos besteht in der Mystifizierung der Arbeit des Staatssicherheitsdienstes, deren Mitarbeiter guten Glaubens waren und „nur für ihr Vaterland gekämpft“ haben. Dadurch leben kurioserweise die politisch motivierten Urteile auch in dem NATO-Mitglied Ungarn weiter: diejenigen, die aus ideologischer Überzeugung für die NATO Aufklärungsarbeit geleistet haben, gelten auch heute noch als quasi vorbestraft.

Der Blick auf das 20. Jahrhundert verändert sich in Ungarn jedoch trotz dieser negativen Erscheinungen unaufhaltsam in eine positive Richtung. Selbstkritische Ansichten gewinnen immer mehr öffentlichen Raum, und die Täter werden in wenigen Jahrzehnten oder früher aus dem politischen Leben ausgeschieden sein. Trotz der erfreulichen Tendenzen sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die Erinnerungskultur und ihre Ritual von der ungarischen Politik noch stark instrumentalisiert und missbraucht werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit anderen Ländern findet kaum statt. Wenn überhaupt, kann nur Deutschland als ein Land angesehen werden, dessen Geschichtsaufarbeitung in Ungarn rezipiert wird. Leider bezieht sich aber diese Rezeption überwiegend auf den Umgang mit der NS-Zeit und nicht auf die Aufarbeitung der SED-Diktatur.